

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Alexander Bonde, Christine Scheel, Dr. Gerhard Schick und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**

### **Sonderzahlung Hypo Real Estate AG**

Trotz Garantien und Eigenkapitalhilfen des Bundes in Milliardenhöhe für die Hypo Real Estate (HRE) hat der Vorstandsvorsitzende der Bank zu Jahresbeginn eine Sonderzahlung in Höhe von 500.000 Euro erhalten.

#### **Wir fragen die Bundesregierung:**

1. Welche Überlegungen haben den Aufsichtsrat der Hypo Real Estate dazu veranlasst, die Sonderzahlung an den Vorstandsvorsitzenden der HRE zu veranlassen? Hätte Herr Wieandt ohne diese Sonderzahlung die HRE verlassen? Welche Leistungen von Herrn Wieandt rechtfertigen eine Sonderzahlung in Höhe von 500.000 Euro?
2. Wann erfolgte diese Entscheidung?
3. Wurde die Finanzmarktstabilisierungsanstalt über diese Entscheidung informiert? Wenn ja, wer wurde informiert und wann erfolgte dies?
4. Hat die Finanzmarktstabilisierungsanstalt der Entscheidung der Hypo Real Estate zugestimmt? Wer hat über diese Zustimmung entschieden?
5. Wurde die Bundesregierung über diese Entscheidung informiert? Wenn ja, wer wurde informiert und wann erfolgte dies?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Sonderzahlung auch vor dem Hintergrund des Briefes von Herrn Wieandt und seiner Vorstandskollegen an die HRE-Beschäftigten, in dem er den Verzicht auf Sonderzahlungen auch mit dem Einsatz „öffentlicher Mittel“ rechtfertigt?
7. Welche Position hat die zuständige Abteilung im Bundesministerium der Finanzen eingenommen und wie begründet sich diese Position?
8. Mit welchem Kapitalbedarf rechnet die Bundesregierung bei der HRE bis Ende 2009 und teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Ex-Aufsichtsratschef Michael Endres, dass die Kapitalzufuhr von 10 Milliarden Euro an die HRE nicht ausreichen wird (Handelsblatt online, 18.07.2009)?

9. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von Herrn Wieandt, nach der die HRE vor 2012 nicht wieder in die Gewinnzone kommen wird und auf welcher Grundlage trifft die Bundesregierung diese Einschätzung?

Berlin, den 19. August 2009

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**